

WOCHENBERICHT

DES

INSTITUTS FÜR KONJUNKTURFORSCHUNG

Herausgeber: Prof. Dr. Ernst Wagemann

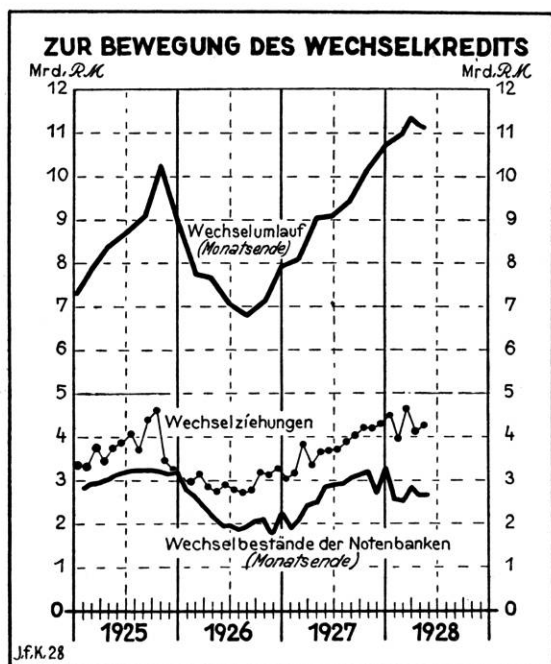
1. Jahrgang

Berlin, den 27. Juni 1928

Nummer 13

Wechselkredit, Produktion und Beschäftigung.

Die Wechselziehungen sind im Mai nach dem saisonmäßigen Rückgang im April wieder leicht gestiegen (von 4,126 Mill. *R.M.* im April auf 4,246 Mill. *R.M.* im Mai). Ebenso wie die Schwankungen in den Vormonaten dürfte auch die jüngste Steigerung der Summe der neugezogenen Wechsel im wesentlichen saisonmäßiger Art sein.



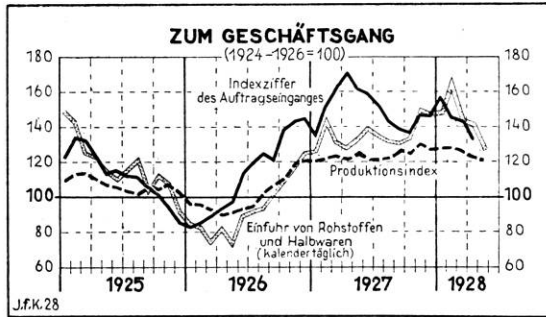
Der Wechselumlauf, der noch bis März zugenommen hatte, bewegt sich seither unter geringen Schwankungen auf gleicher Höhe. Der dauernd beträchtliche Umfang des Wechselumlaufs kann wohl als sichtbarer Ausdruck für den schleppenden Zahlungseingang angesehen werden, worüber in den Berichten aus der Industrie in letzter Zeit besonders häufig geklagt wird.

Während so die Inanspruchnahme des Wechselkredits (und damit in der Hauptsache des »Lieferantenkredits«) unverändert hoch ist, hat sich die Inanspruchnahme des Diskontkredits bei den Notenbanken ver-

mindert. Ende Dezember stand einem Wechselumlauf von rd. 10,8 Mrd. *R.M.* ein Wechselbestand der Notenbanken von rd. 3,3 Mrd. *R.M.* gegenüber. Bis Ende Mai ist der Wechselbestand der Notenbanken um rd. 660 Mill. *R.M.* auf 2,7 Mrd. *R.M.* gesunken, während sich der Wechselumlauf auf rd. 11,1 Mrd. *R.M.* erhöht hat. Diese »Gegenbewegung« von Wechselumlauf und Notenbankkredit dürfte in der Hauptsache dadurch bedingt sein, daß seit dem Stillstand der konjunkturellen Aufwärtsbewegung der Bedarf der Wirtschaft an Stückgeld (Noten und Münzen) nicht mehr zugenommen hat. Dazu kam, daß in den letzten Monaten infolge des stärkeren Zuflusses von Auslandsgeldern erhebliche Deviseneinreichungen bei den Notenbanken erfolgten, so daß die Diskontierung von Inlandswechseln verhältnismäßig stark zurückgehen konnte. Hierdurch erklärt es sich, daß sich jetzt ein größerer Teil des Wechselumlaufs im »freien Verkehr« bzw. im Portefeuille der Privatbanken befindet als Ende Dezember (rd. 7,4 Mrd. *R.M.* Ende Dezember, 8,6 Mrd. *R.M.* Ende März und 8,5 Mrd. *R.M.* Ende Mai). Der Rückgang des Notenbankkredits in den letzten Monaten ist somit in erster Linie als Auswirkung des verminderten Tätigkeitsgrades der Wirtschaft zu betrachten, während der nach wie vor hohe Stand der Wechselziehungen und des Wechselumlaufs darauf hindeutet, daß in weiten Kreisen der Wirtschaft die scharfe Anspannung der Betriebskapitalien anhält.

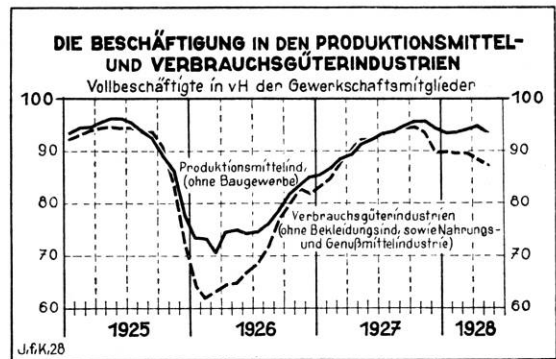
Die Produktion ist, soweit bereits Zahlenangaben vorliegen, im Mai weiter gesunken. In der eisenschaffenden Industrie ist nach dem scharfen Rückschlag im April (vgl. Wochenbericht Nr. 9) im Mai eine weitere, wenn auch nur leichte Produktionsverminderung eingetreten. Für die meisten übrigen Branchen liegen Produktionsangaben zwar noch nicht vor; doch lassen (neben den schon in Nr. 11 mitgeteilten Industrieberichten) verschiedene Anzeichen

vermuten, daß auch hier die Produktion teilweise zurückgegangen ist. Dieses Bild ergibt sich besonders aus den Statistiken der Arbeiterfachverbände: Danach ist die



Beschäftigung im ganzen im Mai zwar unverändert geblieben; dies wurde jedoch nur dadurch herbeigeführt, daß die Beschäftigung im Baugewerbe und in einigen von der Bautätigkeit entscheidend beeinflussten Branchen (Holzindustrie, Industrie der Steine und Erden usw.) zugenommen hat. Sieht man von diesen Saisongewerben ab, so ist die Beschäftigung gesunken, und zwar in den Verbrauchsgüterindustrien um 1,8 v. H., in den Produktionsmittelindustrien um 0,3 v. H. Während in den Verbrauchs-

güterindustrien im Mai die niedrigste Beschäftigung seit März 1927 erreicht wurde, hält sie sich in den Produktionsmittelindustrien noch etwas über dem Stand der gleichen Zeit (Ende Mai) des Vorjahres. Der Auftragsingang hat sich zwar im Mai — soweit darüber Angaben erhältlich sind — ähnlich entwickelt wie im Vormonat; doch scheint der Auftragsbestand der Werke zurückzugehen. Darauf deutet vor allem die Zunahme der Kurzarbeit von 4,2 v. H. der Gewerkschaftsmitglieder im April auf 5,0 v. H. Ende Mai hin. Die Betriebe waren vielfach gezwungen, die Arbeit zu »strecken«.



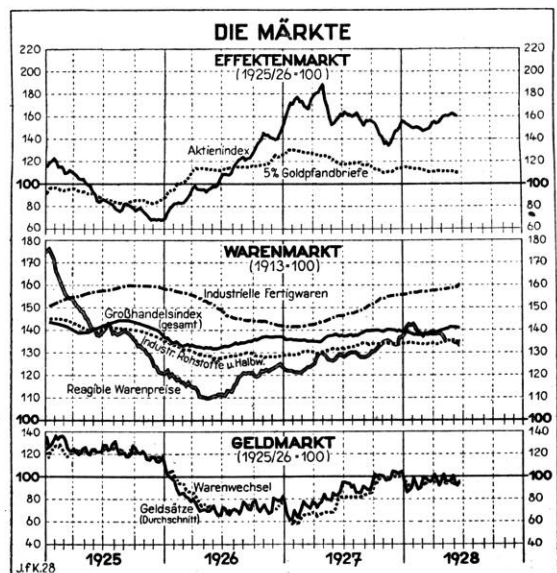
Die Märkte.

Auf dem **Effektenmarkt** neigten die Aktienkurse vielfach zu Rückgängen. Die Kursentwicklung im ganzen war jedoch nicht einheitlich. Die Kurse der festverzinslichen Papiere setzten ihre Abwärtsbewegung weiter fort.

Auf dem **Geldmarkt** sind die Sätze für Tagesgeld, Privatkonten und bankgierte Warenwechsel gegenüber dem tiefen Stand der Vorwoche gestiegen. Der Satz für Monatsgeld blieb unverändert. Die Geldmarktlage stand zu einem Teil bereits im Zeichen der Vorbereitungen auf den Halbjahresultimo.

Abgesehen von der durch den Quartalsultimo bedingten Erhöhung der Geldsätze zeigt der Geldmarkt weiterhin ein verhältnismäßig flüssiges Aussehen. Die geringeren Kreditansprüche von Industrie und Handel in Verbindung mit ermäßigtem Stückgeldbedarf auf der einen Seite, die stärkeren Devisenzuflüsse aus Auslandsanleihen auf der anderen Seite haben weiterhin ihren Einfluß geltend gemacht. Auch die letzten Monatsbilanzen der Banken bekunden deutlich diese Entwicklung. Die Banken verfügen weiterhin über einen Zufluß neuer Mittel (bei 6 Berliner Großbanken sind die

Kreditoren im Mai um 133 Mill. *R.M.* gegenüber 248 Mill. *R.M.* im Vormonat gewachsen), während die Kreditansprüche von Industrie und Handel sich vermindert haben (bei den 6 Berliner Großbanken sind die Wechselbestände um 22 Mill. *R.M.*, die Kontokorrentkredite um 3,5 Mill. *R.M.* gesunken). Infolge dieser Gegenbewegung haben die Banken die Kreditgewährung an



die Börse in stärkerem Umfange ausgedehnt (bei den 6 Berliner Großbanken sind die Reports und Lombards um 69 Mill. *R.M.* gewachsen). Gleichzeitig sind die Kassenbestände und die Guthaben bei anderen Banken gestiegen, so daß über die laufende Krediterteilung hinaus größere Beträge kurzfristige Anlage am Geldmarkt suchen mußten.

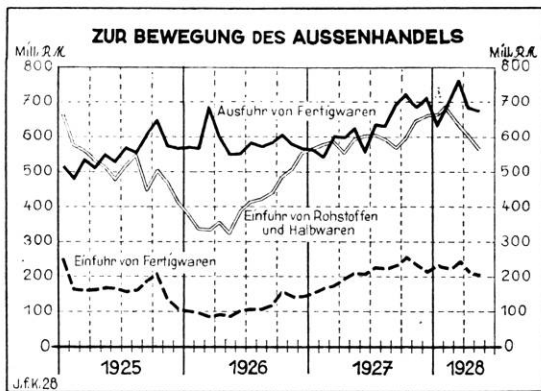
Der Warenmarkt zeigte eine weitere Senkung der reagiblen Warenpreise. Das gesamte Preisniveau war ohne nennenswerte Veränderung. Rückläufigen Agrarpreisen standen unveränderte Preise für industrielle Rohstoffe und Halbwaren und leicht anziehende Preise für industrielle Fertigwaren gegenüber.

Zur Bewegung des Außenhandels.

Die Umsätze im Außenhandel waren im Mai niedriger als im April. Dies dürfte zum Teil, vor allem soweit es sich um die Einfuhr handelt, mit der Abschwächung des Tätigkeitsgrades im Inland zusammenhängen. Daneben

im Mai gegen 682 Mill. *R.M.* im April und 694 Mill. *R.M.* im Monatsdurchschnitt des ersten Vierteljahres 1928.)

Stärker als in der Ausfuhr, deren Gestaltung in erster Linie von der Aufnahmefähigkeit der Absatzländer abhängig ist, kommen in der Einfuhr die konjunkturellen Verhältnisse des Binnenmarktes zum Ausdruck. Die Einfuhr von Rohstoffen und Halbwaren war im Mai mit rund 567 Mill. *R.M.* um 7 v. H. niedriger als im April und um 15 v. H. niedriger als im Monatsdurchschnitt des ersten Vierteljahres 1928. Da sich der Rückgang auf fast alle wichtigen Rohstoffgruppen, vor allem aber auch auf solche erstreckt, für die ausgesprochene Saisonschwankungen nicht festzustellen sind, ist anzunehmen, daß in Übereinstimmung mit der Verminderung von Beschäftigung und Produktion in vielen Industriezweigen auch der Rohstoffbedarf gesunken ist.



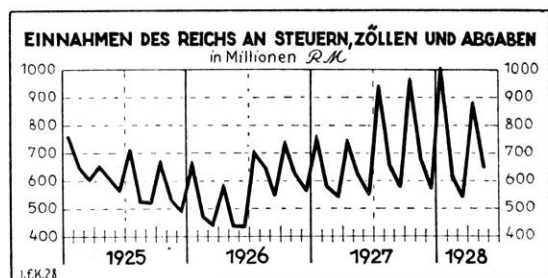
scheinen aber auch Saisoneinflüsse eine Rolle zu spielen; denn im zweiten Vierteljahr pflegt ziemlich regelmäßig eine gewisse Stagnation in den Außenhandelsumsätzen einzutreten. Insbesondere scheint der leichte Rückgang der Fertigwarenausfuhr in den Monaten April und Mai auf diese Saisoneinflüsse zurückzuführen sein. (Die Fertigwarenausfuhr betrug 676 Mill. *R.M.*

Die Fertigwareneinfuhr war im Mai mit 204 Mill. *R.M.* ebenfalls niedriger als im Vormonat. Sie hat damit (ebenso wie die Rohstoffeinfuhr) den niedrigsten Stand seit April 1927 erreicht. Der Rückgang der Fertigwareneinfuhr dürfte in der Hauptsache dadurch bedingt sein, daß mit nachlassender Geschäftstätigkeit auf dem Binnenmarkt die inländische Produktion wieder einen größeren Teil der Nachfrage decken kann.

Steuerzahlungen und Geldmarkt.

Die Bezahlung der jeweils fälligen Steuerbeiträge bedingt für die Wirtschaft einen beträchtlichen Aufwand an flüssigen Mitteln. Soweit es sich dabei um Steuern handelt, die nicht an regelmäßig wiederkehrende, feste Termine gebunden sind, verteilen sich die Fälligkeiten und damit die Bezahlung im ganzen annähernd gleichmäßig über das ganze Jahr. Bei solchen Steuern dagegen, für deren Zahlungen feste Termine bestimmt sind, treten regelmäßig in der Zeit der Fälligkeit gesteigerte Ansprüche an Zahlungsmitteln und flüssigen Geldmitteln ein, die mit zu den bekannten Saisonschwankungen des Geldmarktes und der Vorgänge im Zahlungsverkehr führen. In der Hauptsache sind es die typischen Quartalsschwankungen, da für einen großen Teil der ihrem Aufkommen nach bedeutenderen Steuern vierteljährliche Zahlungen zu leisten sind. Innerhalb der Reichssteuer kommen hierbei veranlagte Einkommensteuer, Körperschaftsteuer, Vermögensteuer und Umsatzsteuer in Betracht, deren Vorauszahlungen jeweils an festen Terminen zu

erfolgen haben. Dazu treten noch die Zölle, bei denen zum Teil die Abrechnung der Zollkonten halbjährlich vorgenommen wird. Gegenüber den Reichssteuern tritt der Spitzenbedarf an Länder- und Gemeindesteuern zurück, da



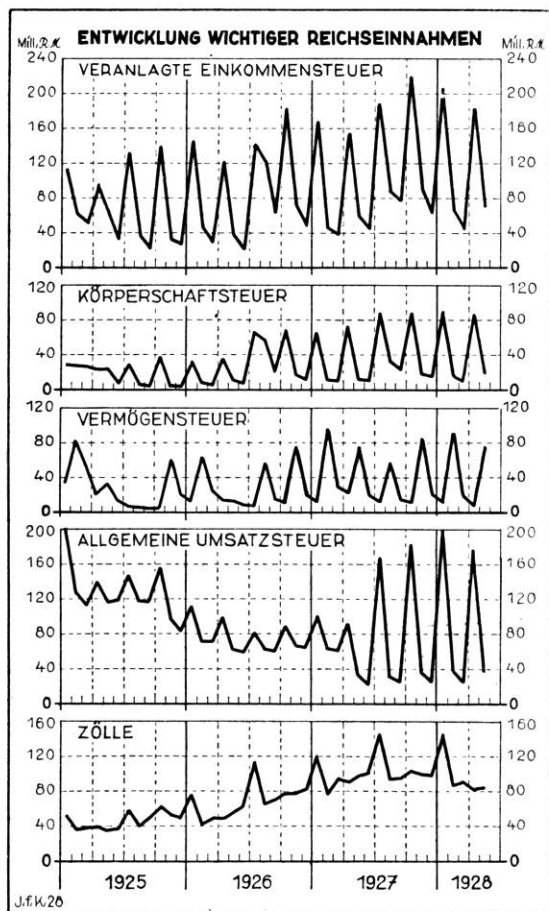
wichtige Steuern, namentlich die Hauszinssteuer, im allgemeinen monatlich zu zahlen sind. Soweit bei anderen Länder- und Gemeindesteuern Vierteljahrsfälligkeiten bestehen, ist wegen der Verschiedenheit der Regelung in den einzelnen Ländern und Gemeinden im ganzen mit einem

*Eigentlich der Statistischen Anstalt
für bäuerliche Statistik und Wirtschaftsforschung e. V.
(Statistisches Institut für Nationalökonomie)
Berlin SW 61, Kochstraße 71*

gewissen Ausgleich der Steuerzahlungen zu rechnen. Die folgende Darstellung beschränkt sich daher auf die Reichssteuern.

Die Einnahmen aus den termingebundenen Reichssteuern (veranlagte Einkommen-, Körperschaft-, Vermögen- und Umsatzsteuer sowie Zölle) machten im Rechnungsjahre 1927 zusammen mit 4350 Mill. *R.M.* rund 51 v. H. der gesamten Einnahmen des Reiches aus. Wie das Bild der gesamten Reichseinnahmen zeigt, bestimmen die termingebundenen Steuern und Einnahmen die Entwicklung der Reichseinnahmen von Monat zu Monat ausschlaggebend.

Im einzelnen ergibt sich, daß die ersten Monate jeden Vierteljahrs für das Reich den größten Anfall an Einnahmen bringen und damit die größten Ansprüche an Zahlungsmitteln in der Wirtschaft hervorrufen. In ihnen werden



jeweils die Vorauszahlungen für die drei wichtigsten Steuern, die veranlagte Einkommensteuer, die Körperschaftsteuer und die Umsatzsteuer fällig. Besonders ausgeprägt werden die Ausschläge seit dem dritten Vierteljahr 1927, da seit diesem Zeitpunkt die Vorauszahlungen auf die allgemeine Umsatzsteuer durchweg in Vierteljahrszahlungen zu leisten sind, während vorher ein

Teil der Umsatzsteuerpflichtigen zu monatlichen Vorauszahlungen verpflichtet war. Die Vermögensteuer dagegen, deren Aufkommen jedoch im Vergleich zu den anderen hier erwähnten Steuern gering ist, wird jeweils im zweiten Monat der Vierteljahre fällig. Die Zölle endlich zeigen im Januar und Juli jeden Jahres auf fallende Spitzen, die mit den erwähnten Zollabrechnungen im Zusammenhang stehen. Nur wenig Einfluß auf die Saisonschwankungen der Steuerzahlungen haben die Sonderbestimmungen für die Landwirtschaft hinsichtlich der Vorauszahlungen auf Einkommen-, Körperschaft- und Vermögensteuer.

Berechnet man die Differenz zwischen dem Aufkommen des ersten Monats im Vierteljahr gegenüber dem Durchschnitt des zweiten und dritten Monats des vorausgegangenen Vierteljahrs, so gewinnt man einen gewissen Anhaltspunkt für die Spitzenbeträge, die an den verschiedenen Reichssteuern regelmäßig in den ersten Monaten des Vierteljahrs aufzubringen sind. Dabei ergibt sich bei der veranlagten Einkommensteuer und Körperschaftsteuer seit Beginn des Kalenderjahres 1927 durchschnittlich ein Mehrbetrag von 125—135 Mill. und 60—75 Mill. *R.M.*, bei der Umsatzsteuer seit dem dritten Vierteljahr 1927 (Neuregelung der Vorauszahlung) ein Betrag von 150—165 Mill. *R.M.* Hierzu kommt in den Monaten Januar und Juli noch ein Spitzenbetrag bei den Zolleinnahmen, der seit Mitte 1926 annähernd in der gleichen Größe auftrat und sich durchschnittlich auf 45—55 Mill. *R.M.* stellte. Diesen Spitzenbeträgen der Einkommen-, Körperschaft- und Umsatzsteuerzahlungen sowie der Zollzahlungen jeweils im ersten Monat der Vierteljahre steht ein verhältnismäßig geringfügiger Spitzenbetrag an Vermögensteuerzahlungen im zweiten Monat des Vierteljahrs gegenüber, der sich nach den Erfahrungen seit Anfang 1927 auf rund 50—70 Mill. *R.M.* stellt.

Im ganzen zeigt sich also, daß der Hauptbedarf an flüssigen Mitteln zur Bezahlung der Reichssteuern in den ersten Monaten der Vierteljahre liegt. Er macht in der Summe der veranlagten Einkommensteuer, Körperschaftsteuer und Umsatzsteuer rund einen Betrag von schätzungsweise 350 Mill. *R.M.* aus. Rechnet man für Januar und Juli noch den durchschnittlichen Spitzenbetrag der Zollzahlungen hinzu, so ergibt sich für diese beiden Monate insgesamt ein Betrag von ungefähr 400 Mill. *R.M.* Da sich in den letzten Monaten die gesetzlichen Bestimmungen dieser Steuern nicht geändert haben und auch mit wesentlichen Veränderungen der wirtschaftlichen Vorgänge, die diesen Steuern zugrunde liegen, vorerst kaum zu rechnen ist, geben die Zahlen einen annähernden Anhaltspunkt für die Größenordnung, in der sich die Beanspruchung der Wirtschaft durch die in den nächsten Wochen fälligen Steuerzahlungen halten wird.

